

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 204.

Donnerstag, den 1. September 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Arbeitsverhältnisse der Staatswerften.

Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Dem „Vorwärts“ wird geschrieben: Das Reichsmarineamt hat eine Schrift herausgegeben, welche sich bezieht: „Die Organisationen der Werften der Vereinigten Staaten“. Sie ist vom Admiral Wodrig bearbeitet.

Nach den Verhandlungen über die großen Kieler Werftunterwerfung wurde vom Reichsmarineamt der Admiral Wodrig nach Amerika entsandt, um über die kaufmännische Verwaltung und Organisation der dortigen Staatswerften die nötigen Instruktionen und Informationen zu sammeln. Seine Erfahrungen legte er in der vorerwähnten Schrift nieder.

Leider ist dieselbe der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich gemacht worden, vermutlich wegen der in vielfacher Beziehung unendlich weit rückständigeren und unfruchtbarer Arbeitsverhältnisse der deutschen Werftarbeiter gegenüber der amerikanischen. Wir sind jedoch in der Lage, den für die Arbeiterschaft wichtigsten Teil dieser Schrift, der die Betriebsweise und das Arbeitsverhältnis für die dortigen Arbeiter behandelt, hier mitzuteilen. Das Studium dieses Abschnittes veranlaßte unwillkürlich eine Gegenüberstellung mit den Arbeitsverhältnissen unserer Kaiserl. Werften. Da heißt es z. B. in der Arbeitsordnung der Amerikaner:

Die zuständigen leitenden Personen haben die Arbeiter nach ihrer Geschicklichkeit und ihren Leistungen und ohne Rücksicht auf irgend welche anderen Erwägungen zu verwenden.

Kein Offizier oder Beamter oder sonstiger Staatsangestellter darf einen Arbeiter auf der Werft verlassen oder auffordern, Geld für politische Zwecke zu zahlen oder zu zahlen, auch darf kein Arbeiter wegen seiner politischen Gesinnung entlassen werden.

Wer gegen diese Bestimmung verstößt, ist aus dem Staatsdienst zu entlassen.

Wie blamabel nehmen sich demgegenüber die Bestimmungen der deutschen Arbeitsordnung aus. Hier heißt es:

Die für den Dienst in der Marineverwaltung im Arbeitsverhältnis anzunehmenden Personen müssen folgenden Bedingungen entsprechen: Sie müssen sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und sich in ihren bisherigen Lebensverhältnissen achtbar geführt haben.

Sie dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein, von denen vorauszusetzen ist, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören wollen.

Die annehmende Behörde unterrichtet sich über das Vorhandensein dieser Erfordernisse in geeigneter Weise.

Diese Bestimmung hat denn auch der annehmenden Behörde noch immer die Handhabe geboten, politisch oder auch nur gewerkschaftlich Anrüchige von den Staatswerften fernzuhalten resp. diese auf dem schnellsten Wege wieder ohne Kündigung zu entlassen. Hunderte von Fällen sind zu verzeichnen, wo gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wieder entlassen wurden, weil sie nach Ansicht der Orts- und Polizeibehörden ihres vorherigen Beschäftigungsortes wegen gewerkschaftlicher Betätigung keinen achtbaren Lebenswandel geführt haben.

Allerdings wird der Grund etwaiger Entlassung streng geheim gehalten und in keinem Falle mitgeteilt. Jedoch waren sich 99 Proz. der wieder zur Entlassung gekommenen Arbeiter keines anderen Verbrechens bewußt, als der Zugehörigkeit zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation und der Betätigung in derselben.

Da die Orts- und Polizeibehörden über den Leumund der neu einzustellenden Arbeiter berichten, so ist der Willkür und Ränküne Tür und Tor geöffnet. Wir sind im Besitze eines charakteristischen Originalschreibens; es handelt sich um einen Arbeiter auf Helgoland. Die Werft Wilhelmshaven schreibt an die Polizeiverwaltung in Helgoland:

„Der Arbeiter M., geboren . . . . . , angeblich wohnhaft auf Helgoland, hat gebeten, als Werftarbeiter eingestellt zu werden. Ehe die Werft ihn endgültig annimmt, bittet sie um Auskunft, ob er Reichsangehöriger ist, ob er sich in seinem bisherigen Lebensverhältnis achtbar geführt hat, insbesondere ob er bestraft ist, ferner ob er für sozialdemokratische Bestrebungen agitiert oder von ihm vorausgesetzt werden kann, daß er den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören wird.“

Das Landratsamt Helgoland überwies die Angelegenheit dem Gendarmeriewachmeister S. zur Feststellung.

Nach Abschluß der Feststellungen des Gendarmeriewachmeisters ging ein Antwortschreiben an

das Arbeiteramt der Kaiserl. Werft Wilhelmshaven mit der Mitteilung ergeben zurück, daß M. am . . . . . wegen Unterschlagung mit 3 Mk. Geldstrafe oder 1 Tag Haft bestraft ist. Diese Sache ist ganz geringfügig gewesen. Außer dieser Strafe hat M. sich sehr gut geführt. Er ist kein Sozialdemokrat. Es ist auch nicht zu befürchten, daß er den Frieden zwischen Behörde und Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören wird.“

Name unleserlich.  
Der in Frage kommende Arbeiter kann sich glücklich schätzen, daß die Behörde eine Strafe von 3 Mk. wegen Unterschlagung als geringfügig angesehen hat. Auch ist ihm das Nichtvorhandensein einer gewerkschaftlichen Organisation auf Helgoland zugute gekommen. Wäre ermittelt worden, daß er einer gewerkschaftlichen Organisation angehört, so wäre zweifellos berichtet worden, M. sei Sozialdemokrat. In diesen Dingen geht der Polizei jedes Unterscheidungsvermögen ab. Vor nicht langer Zeit wurde ein Arbeiter wegen einer geringfügigen Sache (Entwendung von einigen Bleifolbaten) entlassen, obwohl er nur bedingt zu einem Tag Gefängnis verurteilt worden war. In der Arbeitsordnung der Amerikaner heißt es weiter:

Die Lohnsätze der Angehörigen der Werft sollen mit den in der Privatindustrie in unmittelbarer Nähe der betreffenden Werft gezahlten Löhne übereinstimmen, sie sollen jährlich neu bestimmt und am 1. Januar in Kraft gesetzt werden. Jährlich am 1. November ernannt der Oberwerksdirektor eine aus höheren Angestellten bestehende Kommission, die bei den hauptsächlichsten Fabriken in der Umgegend sorgfältige Erhebungen anzustellen hat über die Höhe der Löhne, die dort an die Arbeiter der verschiedenen Klassen in jeder Gewerkschaft oder Beschäftigung, die in der Lohnklassentabelle der Werft verzeichnet ist, für gleiche oder ähnliche Arbeit gezahlt werden.

Die Kommission hat über das Ergebnis an den O. W. D. zu berichten und Vorschläge für die Lohnsätze der Werftarbeiter in den entsprechenden Handwerken und Klassen zu machen.

Der niedrigste Lohnsatz betrug 1909 für Lehrlinge 20 bis 50 Prozent des Lohnes, den die in der ersten Klasse desselben Handwerks erzielten. Jüngstliche Arbeiter erhielten 1,52 Dollar = 6,30 Mk. Der Höchsthlohn eines Handwerkers betrug 5,20 Dollar = 20,80 Mk. pro Tag. Alljährlich wird ein neuer Lohnsatz herausgegeben. Man vergleiche demgegenüber die Löhne der deutschen Werftarbeiter. Lehrlinge erhalten 9 bis 20 Pfg. pro Stunde, jugendliche Arbeiter von 16 bis 19 Jahren 12 bis 27 Pfg. Handwerker erhalten 40 bis 51 Pfg. Der Höchsthlohn für eine kleine Gruppe (6 Vorarbeiter) beträgt 54 bis 56 Pfg. pro Stunde.

Die Arbeitszeit für Arbeiter beträgt in den Staatswerften der Vereinigten Staaten 8 Stunden, von 8 bis 12 und von 1 bis 5 Uhr. Höhere Beamte haben 7 Stunden Dienst, von 9 Uhr vormittags bis 4½ Uhr nachmittags. Wenn man bedenkt, welche langwierigen Kämpfe es gekostet hat, ehe die deutschen Staatswerftarbeiter auch nur die neunstündige Arbeitszeit erhalten haben, so kann man ermessen, wie ungeheuer rückständig und zurückgeblieben die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse in den deutschen Staatsbetrieben noch sind. Aber unsere Regierung fürchtet das Gebelfer der tonangebenden Großindustriellen so sehr, daß sie nichts unternimmt, was das Mißfallen dieser Kreise erregen könnte. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß die Marineverwaltung und auch die übrigen Ressorts 10 Jahre lang zauderten und zögerten, ehe sie dem unaufhörlichen Drängen der Arbeiterschaft nachgegeben und 1906 die neunstündige Arbeitszeit eingeführt haben. Schon der Amtsvorgänger des jetzigen Marineministers soll die Einführung der Neunstundenschicht in den Reichsmarinebetrieben angeregt, jedoch infolge der sofort einsetzenden heftigen Opposition der Großindustriellen schleunigst den Rückzug angetreten und pater peccavi gesagt haben. Interessant ist auch das Verhältnis der Anzahl der Beamten zur Arbeiterschaft. In den deutschen Reichsmarinebetrieben kommt schon auf sieben Arbeiter ein Beamter, in den Staatswerften der Vereinigten Staaten erst auf 12½ Arbeiter. Die Arbeiterschaft ist auch der Überzeugung, daß das ungeheure Beamtentum in den deutschen Staatsbetrieben die ganz außerordentlichen Produktionskosten der in eigener Regie gebauten Schiffe verschuldet. Nach Behauptungen des Reichsmarineamtes und der Werftbehörden soll dies an den hohen Arbeitslöhnen liegen. Auch bezüglich der Akkordarbeit sind die Verhältnisse im Dollarlande weit günstiger als bei uns. Der Bericht besagt, auf der Staatswerft in New York werde im Schiff- und Maschinenbau nur in sehr geringem Umfange in Akkord gearbeitet.

Bei Neubauten soll der Akkord nur 5 Proz. der Gesamtarbeit betragen, Reparaturen werden überhaupt nicht in Akkord gemacht. Herr Admiral Wodrig bemerkt in seinem Bericht, daß die geringe Anwendung der Akkordarbeit jedenfalls mit dem Widerstand der Trade-Unions zusammenhängt. Jedoch sollen die Werften im übrigen mit den Organisationen nichts zu schaffen haben, wenn auch die meisten Werftarbeiter ihnen angehören. Wir können bestätigen, daß 90 Prozent aller in den Staatswerften der Vereinigten Staaten beschäftigten Arbeiter Mitglieder der Trade-Unions sind und daß deren Einfluß auch ohne offizielle Aktionen so unverkennbar zutage tritt, daß sie in facto in die Produktions- und Arbeitsverhältnisse mitbestimmend und regelnd eingreifen. Es ist eine absolute Unmöglichkeit für die dortigen Behörden, bestehende Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verschlechtern. Mögen die Arbeiter unserer Staatswerften einmal Vergleiche ziehen zwischen dem bedrängten Arbeiter hier und dem sozial höher bewerteten freieren Arbeiter und dessen Existenzbedingungen jenseits des Ozeans, dann wird sich ergeben, daß der deutsche Arbeiter unter den rückständigsten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, daß insbesondere die vom Staate beschäftigten Arbeiter sich eine Bevormundung gefallen lassen, die eines freien mündigen Arbeiters unwürdig ist.

Trotzdem lebt aber immer noch ein großer Teil der Werftarbeiter stumpfsinnig und gleichgültig in den Tag hinein, ohne an die dringende Pflicht und Notwendigkeit der Zugehörigkeit zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu denken. Wir hoffen, daß der jetzige große Kampf der Werftarbeiter gegen das hochmütige Knebel- und Werftprozentum um verbesserte Arbeitsbedingungen auch den Werftarbeitern in den Staatsbetrieben die Augen öffne, sie zu der Überzeugung kommen, daß nur durch eine geschlossene Organisation, durch das einmütige Zusammenstehen aller, eine Änderung der jetzigen ungerechten und schmachvollen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden kann.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Des Volkes Antwort.

Nachdem Wilhelm II. die aufsehenerregende Sturmrede in Königsherg gehalten, begab er sich für den 26. bis 29. August nach Danzig. Diese einst blühende Handelsstadt ist wirtschaftlich der glorreichen deutschen Sozialpolitik zum Opfer gefallen. Trotzdem überschlug sich die populistisch verzierte kapitalistische Presse in einem künstlich aufgebauten Hurrarumeei. Deshalb unternahmen es unsere Genossen, in dieser Hurrarumeei auch die wirkliche Stimme des Volkes zu Gehör zu bringen. Sie veranstalteten am Sonntag, dem 28. August, nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Millionen für den König — Fuhrtritte für das Volk.“ Deren Bekanntmachung stellten sich aber auch selbst für ostelbische Verhältnisse nicht alltägliche Schwierigkeiten entgegen. Der Verlag der freisinnigen „Danziger Zeitung“ hat die städtischen Plakatsäulen gepachtet und schlägt schon seit langer Zeit sozialdemokratische Plakate nur dann an, wenn dazu die gesetzlich nirgends geforderte politische Erlaubnis beigebracht wird. Der Vertreter des Polizeipräsidenten verweigerte dieses Mal die Erlaubnis aus dem Grunde, weil „Majestät schließlich selbst die Plakate sehen könnte.“ Der freisinnige Verlag lehnte denn auch wieder prompt den Antrag ab, „weil er dazu keinen Platz mehr zur Verfügung hatte.“ Die unabhängig geäußerten „Danziger Neueste Nachrichten“ verweigerten nicht nur die Aufnahme eines Inserates, sondern erklärten sogar, daß sie auch in Zukunft niemals wieder sozialdemokratische Anzeigen publizieren würden! Die Bekanntmachung der Versammlung durch Handzettel war ebenfalls nur unter mancherlei Schwierigkeiten möglich. An der Kaiserlichen Werft bezeichnete ein Schutzmänn die Genossen, die sich dieser Pflicht unterzogen, sogar als „elende Zuchthäuser“ und „Schweinebände“. Gerade zur Zeit der Versammlung war die zur Verstadt Schidlich, in der sich das einzige, den Danziger Genossen in dieser echt freisinnigen Stadt zur Verfügung stehende Saal lokal befindet, führende Straße wegen eines Besuches der Kaiserin längere Zeit polizeilich gesperrt. Alle diese Umstände konnten aber nicht verhindern, daß die Versammlung stark besucht war. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Crispian wurde einstimmig die folgende Resolution beschlossen:

„Die Versammelten erheben Protest gegen die in Preußen-Deutschland herrschende Dekortationspolitik. Sie erheben energischen Einspruch gegen die uferlose militärische Rüstungspolitik, die das Volk durch die Bruststeuer und den indirekten Steuerwucher auch schwerste bedrückt und die friedliche Kulturarbeit der Völker ständig droht.“

Die Versammlung fördert die friedliche Verständigung der Regierungen zur endlichen Einschränkung der Rüstungen; sie verlangt ferner von der Regierung schleunigst wirksame Maßnahmen zur Behebung der drückenden Fleischnot.

Alle Angriffe auf die Verfassung und die Rechte des Volkes weisen die Anwesenden aufs schärfste zurück. Sie fordern dringend endlich auch die Selbstbestimmung des preussischen Volkes durch die längst versprochene Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Versammelten geloben, unermüdet für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze zu arbeiten. Dort liegt die beste Gewähr für die Sicherung der Kultur, des Völkerefriedens und der Volkswohlfahrt.

Der Referent hatte auch besonders dagegen Einspruch erhoben, daß die Stadtverwaltung 21 000 Mk. aus allgemeinen Steuermitteln zur Dekoration einiger Straßen ausgab, während man für soziale Zwecke nie einen Pfennig übrig hat.

### Der „Fleisch und die Arbeit“ der Agrarier.

Als Wilhelm II. in der vorigen Woche in Königsberg war, meinte er zum Fürsten zu Hohenzollern, im Laufe der letzten neun Jahre hätte sich die Landwirtschaft der Provinz gehoben, und er könne mit Freuden konstatieren, daß es der Provinz gelungen sei, durch Fleiß und Arbeit diesen Wechsel für sich zu nutzen. Man weiß, daß die höheren Brot- und Fleischpreise diesen Wechsel herbeigeführt haben, und in diesen Tagen werden wieder einige Beispiele bekannt, wie sehr in den letzten Jahren die Güterpreise gestiegen sind. So ging ein Grundstück bei der Stadt Kasten burg mit 158 Morgen in den Besitz eines Königsberger Rentiers für 90 000 Mark über. Vor sechs Jahren war für das Grundstück 57 000 Mark gezahlt worden. Das 300 Morgen große Grundstück eines Besitzers in Engelstein, Kreis Angerburg, ging für 103 000 Mark in den Besitz eines anderen über. Im vorigen Jahre hatte der Verkäufer das Gut für 85 000 Mark erworben. Und ein Besitzer im Kreise Schlochau hat seine 1200 Morgen umfassende Besitzung mit sämtlichem Inventar für 245 000 Mark verkauft. Vor zwölf Jahren hatte er das Gut für 172 000 Mark gekauft. Keiner dieser Verkäufer wird im Ernst behaupten, daß dieser große Wertzuwachs ihrem Fleiß und ihrer Arbeit zu verdanken wäre.

### Massenpetition der Kriegsveteranen.

Eine am Sonntag in Neustadt a. d. S. stattgefundene, von 2000 Kriegsveteranen besucht gewesene Versammlung hat beschlossen, den Reichstag in einer Massenpetition um angemessene Unterstützung der bedürftigen Veteranen zu bitten. Gleichzeitig erfährt man, daß der Bundesrat sich mit der Frage befaßt habe, ob man den bedürftigen Veteranen nicht aus etatsmäßigen Mitteln in diesem Jahre eine einmalige Zuwendung machen könne. Man sei aber von diesem Gedanken abgekommen, weil zu einer solchen Ausgabe die Zustimmung des Reichstags erforderlich gewesen wäre und ferner, weil man das Entsetzen einer Mißstimmung unter den Veteranen verhüten wollte, die entstanden wäre, wenn nur ein Teil der Veteranen etwas bekommen hätte.

Einfach köstlich! Damit bei den Veteranen keine Mißstimmung entsteht, kriegt keiner was! Und diese peinlich ängstliche Wahrung des Statsrechtes des Reichstags! Hätte es sich nur um die Anschaffung von Kanonen gehandelt, dann wäre den Herren das Statsrecht des Reichstags vollkommen gleichgültig gewesen. Demgegenüber muß doch einmal festgestellt werden, daß es den bürgerlichen Parteien keineswegs erst ist mit der Veteranenfürsorge, sonst hätten sie den Gehalt des Reichskanzlers nicht eher bewilligen dürfen, ehe nicht diese Frage zufriedenstellend erledigt worden wäre. So aber beschließt man die Unterstützung der Veteranen am Ende der Tagung des Reichstags, in der stillen Hoffnung, daß die Regierung den Beschluß schon im Papierkorb unterbringen werde. Darin hatten sich die bürgerlichen Parteien nie getäuscht, die Enttäuschung war vielmehr stets auf Seiten der Veteranen gewesen.

### Für die preussische Regierung gibt es keine Fleischnot.

Die „Deutsche Tageszeitung“ übernimmt aus einer Korrespondenz längere Ausführungen, die jener angeblich von gut unterrichteter Seite zugegangen sind. Es heißt darin:

Die Tatsache, daß seit Wochen eine erhöhte Steigerung der Fleischpreise eingetreten ist, läßt sich nicht bestritten. Die Annahme aber, daß die preussische Regierung den veränderten Verhältnissen interesselos gegenübersteht, trifft keineswegs zu. Das zuständige Ministerium hat die Entwicklung verfolgt und auch Erwägungen angestellt, ob eine Milderung der hohen Fleischpreise durch Regierungsmaßnahmen möglich sei, und wo die Gründe für die Fleischsteigerung zu suchen seien. Das Ergebnis ist folgendes:

Eine Fleischsteuerung besteht nicht allein in Deutschland, sondern in ganz Mitteleuropa, vor allem auch in Österreich, der Schweiz und Holland.

Der Grund ist wahrscheinlich in der schlechten Futterernte des Vorjahres zu suchen, die viele Viehhöfe veranlaßt hatte, ihre Bestände zu verringern, um nicht mit großen Verlusten später Futtermittel kaufen zu müssen. Eine Herabsetzung des deutschen Viehbestandes aus spekulativen Gründen zur Erzielung höherer Fleischpreise dürfte nicht erfolgt sein, weil eine solche Maßnahme kaufmännisch unklug wäre; überdies läßt sich schlechteres Vieh nicht länger zurückhalten, weil das Risiko der Erkrankung für dieses Vieh bei Überfütterung zu groß ist. Nachdem der letzte Winter bei verhältnismäßig hohem Preis der Futtermittel, trat aus obengenannten Gründen im Frühjahr eine Verminderung des Viehbestandes ein. Erst nachdem die Futterernte dieses Jahres befriedigend ausgefallen ist, wird der Viehbestand vergrößert werden und das herangewachsene Vieh möglichst schnell schlachtreif gemacht werden. Ein Heruntergehen der jetzigen Fleischpreise darf also in den nächsten Monaten erwartet werden, und zwar auf den Stand der letzten Winterpreise.

Es ist eine Spannung der Grenzen in der Presse gefordert worden. Eine solche Maßnahme wird keine Besserung bringen, denn in den Nachbarstaaten besteht auch Fleischnot aus den gleichen Gründen wie bei uns. Das Ausland würde selbst bei einem Überfluß an Schlachtvieh unter den gegebenen Verhältnissen die Konjunktur aus-

nügen und hohe Preise fordern. In sanitärer Hinsicht könnten aber leicht schwere Schäden durch eine Grenzöffnung entstehen. Es bestände auch die Gefahr, daß durch zu scharfe Auslandskonturrenz, man sprach von argentinischer Weizeinfuhr, die Rentabilität der deutschen Viehzucht sehr in Frage gestellt wäre und die heimische Viehzucht stark vernachlässigt würde.

Eine Herabsetzung der Eisenbahntarife wäre ein anderes Mittel; der Staat würde dieses Opfer bringen, wenn dadurch eine Verbilligung der Fleischpreise eintreten würde, was immerhin zu bezweifeln wäre, denn es ist beobachtet worden, daß die Aufhebung der städtischen Schlachtsteuer die Fleischer nicht veranlaßt hat, die Preise um diesen Betrag zu vermindern, sie haben den Profit eingestekt. Eine Tarifherabsetzung würde ihren Zweck nur erreichen, wenn sie eine Preiskontrolle im Gefolge hätte.

Die Fleischsteuerung ist nur vorübergehend und eine Besserung der Verhältnisse bald zu erwarten. Breußen leidet unter der Teuerung viel weniger als die süddeutschen Staaten, die weniger Viehzucht betreiben als Breußen. Im allgemeinen ist der Aufschlag im preussischen Westen nur minimal, im Osten kaum spürbar.

Diese Weisheiten hätten ebenso gut im Bureau des Bundes der Landwirte zusammengestellt werden können, wie im preussischen Landwirtschaftsministerium. Vielleicht bildet das preussische Landwirtschaftsministerium auch nur die Mittelstelle, und man hat sich tatsächlich diese Rundgebung vom Bund der Landwirte erbeten. Daß sie in jedem Falle ansehbar ist und obendrein noch an geradezu strafbarer Oberflächlichkeit leidet, braucht nicht erst näher auseinandergesetzt zu werden.

### Wildgewordene Antisemiten.

Das so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende Organ der sächsischen Antisemiten, die „Deutsche Reform“, ist über den Ausfall der Wahl in Schopau-Marienberg natürlich wütend. Das ist um so begreiflicher, als den Lesern dieses Blättchens während des Wahlkampfes fortgesetzt erzählt wurde, daß die Aussichten der Antisemiten geradezu glänzend seien. Die ganze Schale ihres Jornes gießen die Antisemiten über die Liberalen aus. Nachdem der antisemitische Stipendiat des Bundes der Landwirte dem fortschrittlichen Kandidaten die Gelder des Hansabundes vorgeworfen hat, fährt er fort:

„Der Wahlkampf in Schopau-Marienberg hat der Reformpartei ein Mandat gekostet; dem sächsischen Liberalismus kommt er teurer zu stehen, ihn bringt er um seine acht sächsischen Reichstagsmandate. Nicht einer der Seitze, Stresemann, Günther e tutti quanti wird der roten Blut von 1912 widerstehen! Und sie sind wert, daß sie verschwinden.“

Ganz unsere Meinung. Die Antisemiten sind das Verschwinden aber nicht minder wert, sie besitzen in Sachen noch die Mandate von Baugen (Gräfe) und Pirna (Hansich), von denen sie das letztere sicher schon auf die Verfallliste geschrieben haben.

### Fürsorge im Reiche des Herrn Kräfte.

Die Oberpostdirektion Düsseldorf hat angeordnet, daß jeder Postbote, der sich verheiraten will, dies vorher seiner vorgesetzten Postbehörde zu melden hat, die dann in eine Prüfung darüber eintreten wird, ob der Postbote in der Lage ist, eine Familie ernähren zu können. Auf den Gedanken, die Postboten so zu bezahlen, daß sie auf alle Fälle eine Familie unterhalten können, sind die Postgewaltigen offenbar noch nicht gekommen. Sedenfalls steht nun aber fest, daß die Postverwaltung selbst die Bezahlung der Postboten für unzureichend hält.

### Soldaten als Arbeiter.

Durch Erlass des preussischen Kriegsministers ist, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, jenen den Unteroffizieren und Mannschaften der Armee verboten worden, Zivilpersonen oder den Handwerksmeistern der Truppe und der militärischen Anstalten zur Ausübung ihres Gewerbes Beihilfe zu leisten. Die Mannschaften haben von jeder an sie ergehenden derartigen Aufforderung ihrem Vorgesetzten Meldung zu machen.

Diese Verordnung ist in erster Linie zur Unterdrückung der militärischen Konkurrenz gegen die freien Handwerksmeister bestimmt. — Inwieweit die Verordnung auch Anwendung auf die Verwendung von Soldaten zu Streikbrecherdiensten findet, wird sich bald zeigen. Auch von einer Beschränkung der militärischen Arbeitshilfe in der Landwirtschaft ist in der Verordnung keine Rede.

### Scharfe Maßnahmen gegen Stellenvermittler

werden in Vorschriften getroffen, die der preussische Handelsminister erlassen hat. Die Stellenvermittler müssen Geschäftsbücher führen, die von der Behörde vor dem Gebrauch abzustempeln sind. Wenn dem Stellenvermittler nachteilige Tatsachen über ein Unternehmen, das Arbeitskräfte sucht, bekannt geworden sind, so muß er diese Tatsachen dem Stellungsuchenden mitteilen. Die Vermittler dürfen künftig auch keine sogenannten Fachschulen betreiben, die meist nur den Vorwand für intensive Ausbeutung der Stellungsuchenden gebildet haben. Auch die stille Beteiligung an solchen „Schulen“ ist strengstens verboten, desgleichen das Halten von „Scheppern“, die bisher auf Bahnhöfen, auf den Straßen usw. den Stellungsuchenden aufgekauert haben, um sie den Vermittlern zuzuführen. Zweiggeschäfte dürfen nicht mehr errichtet werden. Hoffentlich sieht man sich auch die Gebührensätze recht genau an, die einzelne Vermittler aufgestellt haben.

### Der kleine Spahn gewählt.

Dienstag hat die Reichstagswahl im westfälischen Wahlkreise Warburg-Höxter stattgefunden, die durch den Tod des bisherigen Vertreters dieses Wahlkreises, Schmidt-Warburg, erforderlich geworden war. Wie aus Warburg berichtet wird, erhielt nach vorläufiger Feststellung der Straßburger Professor Dr. Martin Spahn (Zentrum) rund 11 000 Stimmen und der sozialdemokratische Kandidat Schäfer-Meyer 600 Stimmen. Spahn ist gewählt. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1907 war der offizielle Kandidat des Zentrums Schmidt-Warburg mit 14 878 gegen 1556 konservative und 437 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden. Diesmal war kein konservativer Kandidat aufgestellt worden; die Persönlichkeit des „kleinen“ Spahn, der sich offen als Feind des allgemeinen Wahlrechts für Preußen und als Anhänger des reaktio-

nären Vorwärtens bekant hatte, entzog die Reaktionsäre von der andern Fakultät der Notwendigkeit, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Man kann daher wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß in den rund 11 000 Stimmen, die Herr Martin Spahn erhalten hat, mindestens 1000 konservative Stimmen stecken. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes ergeben sich für Herrn Spahn rund 10 000 Zentrumsstimmen. Die Zahl der Zentrumsstimmen ist also von fast 15 000 im Jahre 1907 auf etwa 10 000 — also um ein volles Drittel — zurückgegangen.

### Die Phantasien des „Hängepeters“.

Vier Mitglieder des südwestafrikanischen Landestates, die sich momentan in Deutschland aufhalten, nehmen in einem Schreiben an die „Berliner Morgenpost“ scharf gegen den Dr. Peters Stellung. Dieser, der so gern wieder in der deutschen Kolonialverwaltung eine Rolle spielen möchte, hatte bekanntlich behauptet, daß die Ansiedler in Südwestafrika in ihrem Jorn gegen die Deutschburgische Kolonialpolitik an Abfall vom Reiche und an den Anschluß an Britisch-Südafrika gedacht hätten.

Diese Behauptung des Peters wurde unterstützt durch die „Zukunft“ des politisierenden Wichtigtuers Martinian Harden. Dem edlen Brillenpaar treten die erwähnten Ansiedler mit großer Deutlichkeit entgegen. Sie bezweifeln die Behauptung der Harden und Molke als unverantwortliche und unqualifizierbare Beschuldigungen, denn niemals sei unter den südwestafrikanischen Pflanzern auch nur der Gedanke eines Abfalles erörtert worden.

Peters läßt sich unterdessen in seinem Leiborgan, der „Post“, neuerdings vernehmen. Er wendet sich gegen das „Berliner Tageblatt“, das ihn mit der Schilderung seiner Heidenaten verembet haben soll. Peters will es seinem Rechtsbeistand anheimstellen, ob er den Weg der gerichtlichen Klage beschreiten will. Damit dieser Rechtsbeistand aber nicht etwa wirklich auf diesen Gedanken kommt, bezeichnet er den Artikel des „Berliner Tageblattes“ als den Schmutz eines ungezogenen Gassenjungen. Damit hätte er dem freisinnigen Blatt Grund zu einer Widerklage gegeben und deshalb drückt sich „Hängepeters“ davor, seine Schandaten noch einmal öffentlich vor Gericht aufrollen zu lassen. Damit dürfte auch seinen Freunden, den Arendt, Liebert und anderen, ein Stein vom Herzen fallen.

### Nationalliberale Sehnsucht.

Die Marienburger Rede des Kaisers hat bei den Nationalliberalen eine geradezu rührlige Stimmung erzeugt. Wenigstens findet die unter antisemitischer Leitung stehende „Nationalliberale Korrespondenz“, daß der Kaiser mit seiner Rede auf der Marienburg die Mißverständnisse zerstreuen wollte, die an seine Königsberger Rede sich geknüpft haben. Fast heulend vor Freude ruft das antisemitisch-nationalliberale Organ aus:

„Das sind Worte, welche uns Königsberg gern verzeihen lassen. Das ist ein Programm, das jeder rechte Deutsche unterschreiben wird, wenn er sich auch sagen mag, daß hier nur ein Rahmen gezeichnet wurde, dessen Ausfüllung durch die endliche Inaugurierung einer tatsächlichen Politik Sache der verantwortlichen Regierung ist. Dann werden wir, um mit dem Kaiser zu sprechen, dem Vorbild der großen deutschen Männer, die hier einst gestanden und mitgearbeitet haben, nachkommen.“

Hoffentlich spricht Herr v. Bethmann-Hollweg endlich die erlösende Formel, die es den Nationalliberalen ermöglicht, sich dem Schnapsblock ganz offen an den Hals zu werfen. Die Nationalliberalen haben es gründlich satt, Opposition mimen zu müssen.

### Die Hungerpeitsche bei der Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. hat allen Hilfsbedienten und Arbeitern gegen Namensunterschrift eine Verfügung bekannt gegeben, worin sie vor dem Beitritt zum Deutschen Transportarbeiter-Verband warnt und den Angestellten mit Dienstentlassung droht, falls sie doch dem Verband beitreten.

### Gouverneurwechsel.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bestätigt jetzt, was seit längerer Zeit als Gerücht umging, daß an Stelle v. Schuckmanns der bisherige Gouverneur von Kamerun, Dr. Seitz, zum Gouverneur von Südwestafrika ernannt wurde. Gouverneur von Kamerun wird der bisherige Vortragende Rat im Kolonialamt Dr. Gleim. Gleim war früher vertretungsweise schon einmal Gouverneur von Kamerun.

### Ein deutsches Press-Panama?

In einem Prozeß, den der Vormund der Frau v. Schönebeck gegen deren Gatten, den Schriftsteller Weber auf Entziehung der Verwaltung und Nuzniehung des Vermögens der Frau angestrengt hat, kamen recht erbauliche Dinge zum Vorschein. Für den Allensteiner Prozeß sind nach den Rechnungen Webers 45 000 Mark ausgegeben worden, darunter 3 000 Mark für die Presse, der Inserate zugewandt wurden, damit Schmäharikel gegen den Weber unterblieben. Nach dieser Behauptung haben sich also Zeitungen ihre Artikel mit Inseraten abkaufen lassen. Die großen bürgerlichen Blätter tun sehr entrüstet, und daß sie dabei in Frage kommen, erscheint auch ausgeschlossen, dazu ist der Betrag zu klein. Immerhin wäre es interessant, zu erfahren, welche Blätter sich von dem Weber kaufen ließen.

Nach den Angaben des Vormundes der Frau Weber sind von deren Vermögen, das bei der Eheschließung mit Weber 185 000 Mk. betrug, nicht weniger als 100 000 Mark bereits verausgabt worden.

### Gegen Fleischwucher und Absolutismus.

Die Sozialdemokraten Groß-Berlins hatten zu Dienstagabend 33 überfüllte Volksversammlungen mit der Tagesordnung: Fleischnot, Lebensmittelteuerung und wie ist Abhilfe zu schaffen? einberufen. Gleichzeitig sollte auch die Königsberger Kaiserrede zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden. Unter den Anwesenden befanden sich auch viele Frauen. Die Versammlungen wurden polizeilich überwacht. Es gelangten zwei Resolutionen zur Annahme. In der ersten, die sich mit der Fleischnot beschäftigt, protestieren die Versammelten gegen die Wucher- und Raubpolitik der Agrarier. Sie verlangen die Öffnung der Grenzen und die sofortige Aufhebung der



Da mit der Verkauf von „Rheinperle“ und „Solo“-Margarine, sowie „Kokosa-Pflanzenbutter“ entzogen worden ist, weil ich die Ware

**zu billig verkauft habe,**

führe ich von jetzt an andere, ebenso gute Fabrikate und gebe hierauf

**nach wie vor 10% Rabatt.**

Hochachtungsvoll

**Max Ueberrhein**

Breitestraße 11. Fernruf 1910.  
Moldinger Allee 2. Stützstraße 118.

**Ueber den internationalen Kongress und die internationale Sprache Ido**

spricht morgen, Freitag, abend 8 1/2 Uhr

**Genosse Peus aus Dessau**

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

## Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschmann. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Zabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitaagsbeschlusses betr. Schnapsboykott.
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Wächelins.
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
- Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Dr. J. Zabel. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)
- Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Dr. E. Thesing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
- Heft 13. Das Wasserleitverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und franken Tagen.
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stoffersus. Von L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Maruse. Allen Eltern warm empfohlen.
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Kemald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.
- Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.
- Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
- Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Ranker-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zabel, Berlin.
- Heft 20. Die Proletariatskrankheit. Von Dr. J. Zabel.
- Heft 21. Mengengymnastik. Von Otto Rühle. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Chajes.
- Heft 23. Wie schützen wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. Rehfisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.
- Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.

Auch nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen.

Nur 4 Tage! Lübeck auf dem Burgfeld! Nur 4 Tage!

## Der große Circus Otto Mark.

Freitag, 2. Sept., abends 8 1/4 Uhr: Grosse Gala-Eröffnungs-Premiere. Erstklassiges Künstlerpersonal. Herrlich dressierte Pferde.

Tatsächlich und wahrheitsgemäß das eleganteste Cirkusunternehmen der Gegenwart. Ein Kunstinstitut im rein cirkusensichen Sinne, welches alles übertrifft, was hierorts von Konkurrenzunternehmen geboten wurde.

**Sonnabend, 3. September: 2 große Vorstellungen.**  
Nachm. 5 Uhr: Extra-Schüler-, Kinder- u. Familien-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Abends 8 1/4 Uhr: **Brilliant-Perforce-Vorstellung** mit extra ausgewähltem Programm.

**Sonntag, 4. Sept.: 2 große Brillant-Festvorstellungen.**  
Nachm. 4 Uhr: Fremden- und Familienvorstellung mit ungekürztem Abendprogramm.  
Abends 8 1/4 Uhr: **Brilliant-Festvorstellung.**

Den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragend und um auf einen Massenbesuch zu rechnen, sind enorm billige Eintrittspreise festgesetzt.  
Preise der Plätze:

Galerie 40 Pfg.	2. Platz 60 Pfg.	1. Platz 1.- Mk.	Num. Sperrsitz 1.50 Mk.	Loge 2.- Mk.
--------------------	---------------------	---------------------	----------------------------	-----------------

Kinder zahlen nur nachmittags die Hälfte.  
Vorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Niemeyer, Breitestr. 63 und von 10-1 Uhr an der Circuskasse.  
Nach Schluß der Vorstellung Bahnverbindung nach allen Richtungen.  
Hochachtungsvoll **Otto Mark, Direktor.**

## Oeffentliche Buchbinderversammlung

Sonnabend, 3. September 1910

abends 8 Uhr

im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

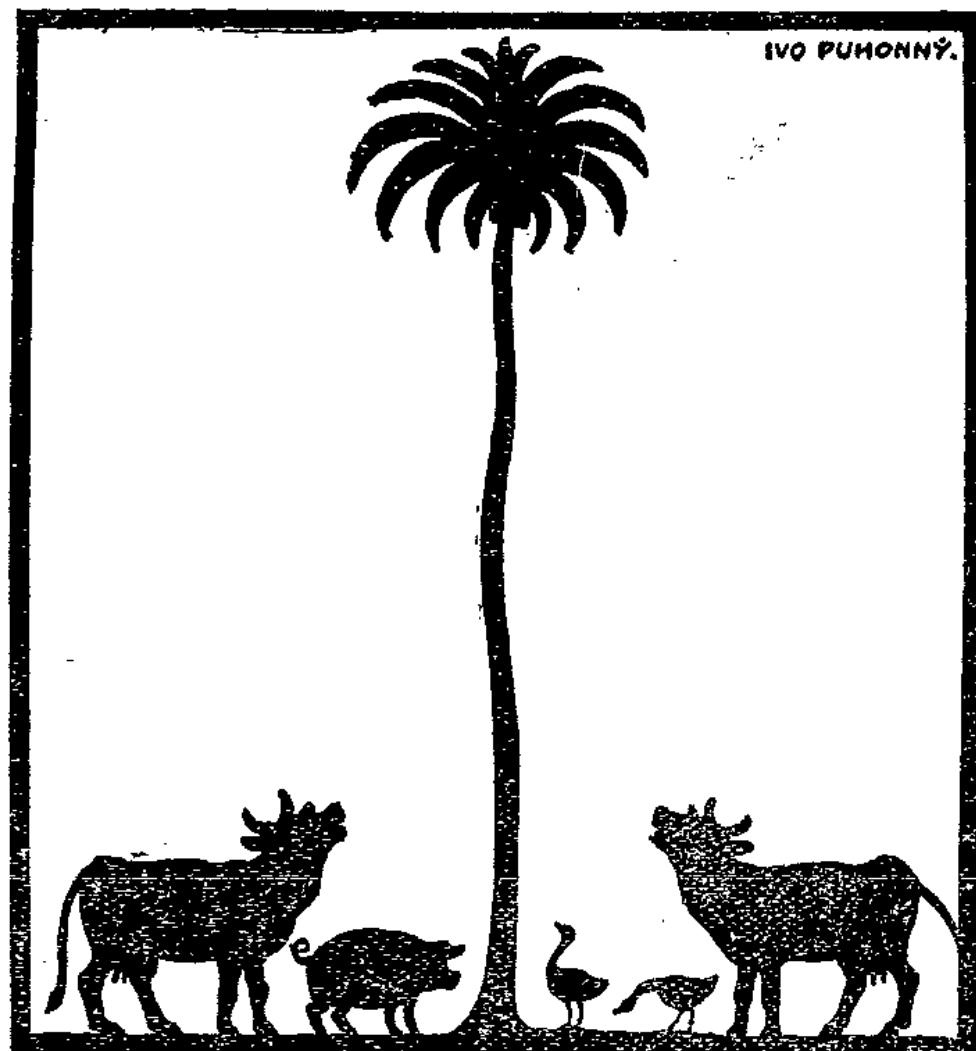
Tagesordnung:

**Was müssen wir tun, um unsere Lohn- u. Arbeitsverhältnisse zu verbessern?**

Referent: **Gaulciter F. Küster, Hamburg.**

Hierzu sind alle in Buchbindereien, Buch- und Steindruckereien beschäftigten Kollegen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eingeladen.

**Der Vorstand.**



### Wie diese Palme

das auf der Erde wandelnde Tierreich überträgt, so übertragen die Pflanzenfette **PALMIN** und **PALMONA** (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmin und Palmona tierische Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen.  
**Palmin zum Kochen, Braten und Backen.**  
**Palmona als Brotaufstrich.**

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Markt 4 Otto Albers 10**

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2.20-6.45  
Maurerhosen . . . 2.60-6.75  
Schlosserhosen . . . 1.88-5.25  
Aberziehosen . . . 1.08-2.35  
Zwischenhosen . . . 1.68-3.25  
leimene Jacken, Stränge u. gerade, 1.28, Kaffen, Hemden, Schlachterjacken, Feuerwehrjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Nähen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Nachricht, daß ich mein **Obst- und Gemüsegeschäft** von Warendorpsstraße 84 nach Warendorpsstraße 19b verlegt habe. Indem ich für bisheriges Wohlwollen bestens danke, bitte ich um ferneren Zuspruch.  
Hochachtungsvoll **Eduard Alpen.**

**Nur Süßstr. 83/85.**

Eine große Partie **Gilfiter Fettkäse** Pfd. 35, 40, 45 und 50 Pfg. **Camembert** per Stück 15 Pfg. Eine Partie **Schweizer** Pfd. 70, 80 und 90 Pfg.

Empfehle meinen **Rasier- u. Haarschneide-Salon** **Marlistrasse 42 c. W. Benthin.**

NB. Zahle hohe Preise für ausgeämmtes Frauenhaar.

**Soz. Verein Schwart.-Renset.**

Außerord. Versammlung am Donnerstag, dem 1. Sept., im Gasthaus Transvaal.

Tages-Ordnung: Stellungnahme zur Frauenkonferenz in Memmlister. **Der Vorstand.**

## Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, d. 4. Sept. 1910, nachmittags 4 Uhr,

**Zusammenkunft** im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

**Versammlung** abends 7 1/2 Uhr präzis.

**Der Jugendausschuss.**

## Arbeiter-Abstinenzbund

## Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 2. Sept., abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

## St. Lorenz-Liedertafel.

Bei der Tombola-Ziehung am 30. Aug. 1910 wurden folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

21	26	48	69	90	117
123	131	171	189	208	236
248	253	294	347	383	414
470	477	494	507	589	592
612	637	662	668	678	719
727	732	738	747	807	820
850	860	862	900	904	1001
1018	1043	1114	1118	1123	1141
1154	1177	1199	1215	1250	1251
1267	1272	1291	1294	1297	1310
1337	1361	1363	1372	1389	1393
1409	1445	1475	1514	1530	1555
1564	1567	1579	1583	1614	1637
1649	1712	1731	1847	1875	1896
1918	1924	1977	2017	2050	2115
2161	2204	2270	2287	2291	2312
2350	2353	2405	2415	2452	2480
2484	2485	2515	2526	2530	2544
2545	2551	2669	2689	2814	2828
2862	2876	2907	2941	2952	2992

Die Ausgabe der Gewinne erfolgt am Freitag, d. 2. Sept., abends von 8 bis 10 Uhr, im Gasthof **Reuterkrug.**

Gewinne, welche bis zum 15. September nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinskasse.

**Der Vorstand.**

## Hansa-Theater

Freitag, den 2. September 1910, abends 8 Uhr:

**Gr. Eröffnungsvorstellung. Vollstg. neues Programm.**

Gastspiel **Harry Bienenstein-Ensemble**, der beliebte rheinische Burleske-Komiker.

**„Lachen ohne Ende“**

Ferner Gastspiel **Madame Stefanie**, Primadonna des Kaiserl. Königl. Theaters Wien.

**! Ueberall Stadtgespräch !**

Dazu das glänzende **Variete-Programm.**

## Stadthallen-Theater

Freitag ist das Theater dem Landes-Kriegerverband zu einer Festvorstellung: **Kolberg** von **P. Heyse**, überlassen.

Sonnabend 8 Uhr. Jeder Platz 50 Pfg.

**Unsere Käte.**

Lustspiel in 3 Akten v. B. Vogson. Sonntag 7 1/2 Uhr. 74. Ab.-Vorst.

**Kolberg.**

Dinst. Schauspiel, i. 5. Akt. v. P. Heyse.







um andererbente Annahme der Resolution. — Margat...  
 Stellen führt aus, sein Vorschlag, zunächst auf eine Seeres-  
 resolution zu bringen, sei praktisch und werde er ihn auf dem  
 nächsten Kongress sicher wiederholen. Im Prinzip sei über  
 die vorgelegte Resolution nichts einzuwenden, aber praktische  
 Bedeutung werde sie nicht haben. — Vaillant-Frank-  
 reich verlangt, daß ein Votum über den Generalfreist der  
 Industrien, die für den Krieg die Mittel liefern, hinzugefügt  
 wird. — Die Verhandlungen wurden hierauf auf Donnerst-  
 ag, 9 Uhr, vertagt.

**Gewerkschaftskommission.**

In seinem Schlusswort protestiert Nemece-Osterreich  
 dagegen, daß man die Tschechen als Verräter und Ver-  
 räther behandle. Die föderalistische Organisation habe in der  
 Partei sich bewährt und werde sich auch in der Gewerkschaft  
 bewähren. Der „Vorwärts“ und andere deutsche sozialdemo-  
 kratische Blätter haben heftige Angriffe gegen die tschechische  
 Partei gerichtet und Ermüderungen nicht angenommen.  
 Mehrere legt zuletzt eine Resolution vor, die die nationale  
 Einigung der Arbeiter in Partei und Gewerkschaft als  
 Grundlage der einigenden Arbeit in Osterreich bezeichnet. —  
 Mehrere Vorkredner verwarfen sich entschieden dagegen, die  
 Tschechen als Verräter bezeichnet zu haben. Die deutsche  
 Delegation gibt eine Erklärung zu Protokoll, die sich gegen  
 die Angriffe Nemece gegen den „Vorwärts“ wendet. —  
 Die Resolution der österreichischen Reichskommission wird  
 gegen die fünf Stimmen der Tschechen bei Stimmhaltung  
 der französischen Mehrheit (Jauresisten) und der finnischen  
 Minderheit angenommen. Zum Referenten für das  
 Plenum wird Plechanow-Rußland, zum Korreferenten  
 Nemece bestellt.

In der fünften Kommission wurde einstimmig eine Re-  
 solution gegen die zarische Reaktion in Finnland ange-  
 nommen. Die Resolution gegen die Todesstrafe wird in der  
 deutschen Fassung mit einem Amendement Mendels an-  
 genommen, die sich gegen die Bestrebungen auf Beschrän-  
 kung des Wahlrechts wendet. Firner wird eine Sympathie-  
 lundgebung für das spanische Proletariat und ein Protest  
 gegen den Justizmord an Ferrer beschlossen.

In der Sozialen Kommission legte Adolf Braun-Oster-  
 reich die Kompromißresolution betreffs der Arbeitslosen-Ber-  
 sicherung vor. — Die nächste Plenarsitzung findet Donnerst-  
 ag 10 1/2 Uhr vormittag statt. Am Mittwoch nachmittag  
 fand ein Dampferausflug durch den Sund statt.

August Bebel hat an den Kongress folgenden Brief  
 aus Zürich gerichtet: „Durch unüberwindliche Hindernisse  
 ist mein sehnlichster Wunsch vereitelt worden, wieder an den  
 Beratungen des Internationalen Sozialistenkongresses tätigen  
 Anteil zu nehmen. So will ich denn wenigstens schriftlich  
 hier meinen herzlichsten Dank für die warmen und ehren-  
 vollen Wünsche ansprechen, die mir alle der Internationale  
 angeschlossenen politischen und gewerkschaftlichen Organisa-  
 tionen zu meinem 70. Geburtstag überreichen ließen. Für  
 die Meinungen werden diese Adressen ein stolzes Andenken in  
 späteren Zeiten sein, in denen ich nicht mehr bin. Für mich  
 sind sie ein neuer Anstoß, soweit es meine Kraft noch er-  
 möglicht, auch ferner unserer großen Mission zu dienen.  
 Möge die diesmalige Tagung der Internationale sich wür-  
 dig ihren Vorgängerinnen anschließen! Euer unentwegter  
 Kampfgenosse A. Bebel.“

**Aus Nah und Fern.**

über die Cholera in Europa liegen heute folgende  
 Meldungen vor:

Berlin, den 31. August. Im Virchow-Krankenhaus  
 ist der am Dienstag nachmittag eingelieferte Arbeiter  
 Paul Friedrich unter Choleraverdächtigen Er-  
 krankungen gestorben. Inzwischen ist gestern im  
 Virchow-Krankenhaus ein neuer Choleraverdächtiger Patient,  
 der 23jährige unverheiratete Mechaniker Karl Otto einge-  
 liefert worden.

Rom, den 31. August. Aus den Provinzen Bari  
 und Foggia wird über den Stand der Cholera gemeldet:  
 In den letzten 24 Stunden wurden in Barletta fünf Er-  
 krankungen und fünf Todesfälle an der Cholera  
 festgestellt. In Trani ein Todesfall, in Molfetta  
 zwei Erkrankungen und ein Todesfall, in  
 Spinazzola eine Erkrankung und ein Todesfall, in  
 Bitonto eine Erkrankung, in Margherita di  
 Savona eine Erkrankung und vier Todesfälle, in  
 Trinitapoli zwei Erkrankungen und ein Todesfall, in  
 Cerignola zwei verdächtige Erkrankungen und zwei  
 Todesfälle.

St. Petersburg, den 31. August. In den letzten 24  
 Stunden sind 59 Personen an Cholera erkrankt  
 und 19 gestorben. Der Stand der Erkrankungen ist nun-  
 mehr 661 Personen.

Vatermord in Hessen. Ein grauenhaftes Verbrechen ist  
 Donnerstag nacht in dem heftigen Flecken Rodheim v. d. H.  
 verübt worden. Der 47jährige Zimmermann Konrad Schmidt  
 wurde von seinem 23jährigen Sohne Wilhelm und seinem  
 taubstummen Neffen, einem 30jährigen Schuhmacherge-  
 sellen namens Schmidt, nach einem Streit mit dicken Büchsen-  
 knütteln solange mißhandelt, bis er bewusstlos  
 liegen blieb. Frau Schmidt fand ihren Mann gestern früh  
 auf und benachrichtigte einen Arzt. Dieser konnte nur noch  
 feststellen, daß der Tod durch Zerkleinerung des Schädels  
 bereits eingetreten war. Die beiden Täter wurden ver-  
 haftet.

Hackfleisch-Vergiftungen. In Solingen erkrankten  
 nach dem Genuß von Hackfleisch 80 Personen. Sämtliche  
 Erkrankten mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der  
 Zustand einzelner ist hoffnungslos; ein Mädchen ist be-  
 reits gestorben.

Mädchenhändler. Die Polizei verhaftete in Ober-  
 Lahnstein einen Mädchenhändler, als er im Begriff war,  
 mit mehreren jungen Mädchen nach Argentinien abzureisen,  
 wo die Mädchen angeblich in der Ausstellung in Buenos  
 Aires Stellung nehmen sollten. Die Mädchen gaben sich als  
 Nichten des Mannes aus und konnten nur mit Mühe von  
 dem angeblichen Onkel getrennt werden.

Im Zeichen der Fleischnot. In Sodingen bei  
 Bochum sind infolge Genusses verbotenen Fleisches 90 Per-  
 sonen erkrankt und ein Kind ist bereits gestorben. Obwohl  
 die Ursache seit Freitag festgestellt werden konnte, wurde dem  
 Metzgermeister Schlüter, der das Fleisch verkaufte, erst am  
 Montag der Laden geschlossen und das übrige Fleisch be-  
 schlagnahmt. In einer Familie sind die Eltern und 9 Kin-  
 der erkrankt. Zwei aus Berlin zu Besuch weilende Frauen  
 befinden sich unter den Erkrankten. Mehrere Personen  
 schweben in Lebensgefahr. Auf den Beiden war Sonntag ge-  
 wesen, weshalb mehr Fleisch als sonst gegessen wurde. Der  
 Metzgermeister bezog ausgelöstes Fleisch aus dem Osten,  
 welches oft unreif und gesundheitlich wenig einwandfrei ist.  
 Die Familie des Metzgermeisters selbst ist nicht erkrankt,  
 wohl aber das Dienstmädchen und der Lehrling. Es wird  
 daraus geschlossen, daß Schlüter die Beschaffenheit des  
 Fleisches gekannt und sich vor dem Genuß desselben geschützt  
 hatte. 3 Ärzte und mehrere Diakonissen sind am Orte zur  
 Pflege tätig. Interessant ist zunächst, daß das Fleisch aus  
 dem agrarischen Osten stammt. Das solche Fleisch über-

haupt verkauft werden konnte, hat seine Ursache in der  
 herrschenden Fleischnot, die es ermöglicht, auch das etel-  
 hafteste Zeug auf den Markt zu bringen.

Schwerer Automobilunfall. Aus München wird be-  
 richtet: Als nach Schluß der „Waküre“ das Publikum am  
 Dienstag abend in der zehnten Stunde aus dem Prinzre-  
 genten-Theater strömte, fuhr in der Nähe der Restauration  
 ein großes schweres Miet-Automobil, dessen Chauffeur aus  
 noch unbekannter Ursache die Steuerung verloren hatte, plöz-  
 lich mitten auf den Bürgersteig in die dichtgedrängte Men-  
 schenmenge hinein. Eine Dame aus San Francisco, ange-  
 sichts namens Birmingham, wurde sofort getötet und  
 ihre Schwester, Agnes Roos, ebenfalls aus San Francisco,  
 wurde schwer verletzt. Eine dritte Dame kam mit leichteren  
 Wunden davon. Die Getötete hatte einen schweren Schä-  
 delbruch erlitten, und der Brustkorb war ihr von dem  
 schweren Gefährt eingedrückt worden. Fr. Roos trug eine  
 Gehirnerkütterung und Quetschungen an der Brust und am  
 Aste davon.

Drei Arbeiter vom Zuge getötet. Aus Paris wird  
 gemeldet: Bei der Station Marqut auf der Ostbahnlinie  
 Nancy-Strasbourg sind drei Streckenarbeiter vom Zuge erfasst  
 und getötet worden.

Zehn Arbeiter verunglückt. Aus Erfail wird ge-  
 meldet: Gestern wurden im hiesigen Bergbau bei Arbeiten  
 über Tage zehn Arbeiter verunglückt. Bisher konnte nur  
 einer von ihnen als Leiche geborgen werden;  
 man fürchtet, daß auch die anderen tot sind.

Schwerer Unglücksfall. Beim Bau des neuen Bann-  
 schloß-Bahnhofes in Neugork stürzte ein Gerüst  
 mit achtzehn Anstreichern in die Tiefe; sechs  
 von ihnen wurden schwer, die anderen mehr oder weniger  
 schwer verletzt. 2000 in der Halle beschäftigte Arbeiter eilten  
 in dem Glauben, der ganze Bau stürze zusammen, in wilder  
 Panik nach dem Ausgang.

**Aus dem Gerichtssaal.**

Ich hatt' einen Kameraden . . . . Wieder einmal ist  
 die bestialische Roheit „alter Leute“, die den Rekruten die  
 Hölle heiß macht, an die Öffentlichkeit gekommen. Der erst  
 am 5. August vom Kriegsgericht der 4. bayerischen  
 Division wegen Körperverletzung zu 5 1/2 Monaten Ge-  
 fängnis verurteilte Landsbacher Ulan Hofmann war  
 am 27. ds. Mts. wieder angeklagt. Bei einer Feldübungs-  
 übung hatte er einem Rekruten mit der Lanze  
 so ins Gesicht geschlagen, daß der Soldat  
 einen Schneidezahn verlor und eine Quetschung  
 erlitt. Der „alte Mann“, der nur in Fahrlässigkeit gehan-  
 delt haben wollte, erhielt zusammen acht Monate Ge-  
 fängnis.

**Literarisches.**

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 18  
 hat unter anderem folgenden Inhalt: Das Weltparlament  
 der Arbeit. — Ein Jahr Jugendbewegung. — Mein Zimmer-  
 aquarium. (Illustriert.) — Nach dem Sozialistengesetz (Schluß).  
 Von Wilhelm Schroeder. — Für Mädchen schickt sich das  
 nicht! Von Luise Zieg. — Aus der Jugendbewegung um.  
 Weilage: Bagabunden. Von Moosgard. — Unter den  
 Naturvölkern Zentral-Brasiliens. (Schluß.) — Wilhelm  
 Dittmers Hamburger Hafenbilder. (Illustriert.) — Was soll  
 ich lesen? (Schluß.) Von J. Vorchardt. — Aus meiner  
 Lehrzeit. Von A. Wysocki. — Geißelhändel.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.  
 Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
 Sämtlich in Lübeck.

Öffentliche politische Versammlung.

**Große**

**Volkswerksammlung**

am Montag, dem 5. September 1910, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Der Kampf um Brot u. Freiheit.

Referentin: Frau Adelheid Popp, Wien.

2. Die Fleischnot.

Referent: Reichstagsabgeordneter Theodor Schwartz, Lübeck.

Freie Aussprache.

Frauen und Männer, Einwohner Lübeds! Erscheint in Massen in dieser Versammlung.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins. I. A.: Paul Löwigt, Johannisstraße 46.

Zum 1. Oktober eine Wohnung  
 zu vermieten, 2 Stuben, Waschküche,  
 gr. Keller. Elsmigstr. 9.

Zu vermieten Düggstraße 79  
 zweite abgeschlossene Etage,  
 3 Zimmer nebst Zubehör. Miete  
 280 Mk. Näheres Bahmstraße 14.

Eine kleine Wohnung  
 zu vermieten. Näheres  
 Großer Bogellang 6.

Eine 2-Zimmer-Wohnung  
 zum 1. Oktober zu vermieten.  
 Kottwitzstraße 12.

Zum 1. Oktober freundliche Drei-  
 Stuben-Wohnung mit sämtlichem  
 Zubehör. Goebenstr. 15, L. b. d. neuen Kaserne.

Sauberes Logis zu vermieten,  
 monatlich 10 Mk. Hansastr. 106.  
 Dasselbst ein guterhaltener Kinder-  
 wagen zu verkaufen.

Gesucht zum 1. Okt. eine freundl.  
 2-Zimmer-Wohnung mit Zubehör  
 im Preise bis 200 Mk. Angebote  
 unter B 100 an die Exped. d. Bl.

Witwe sucht Beschäftigung in den  
 Morgenstunden bei alt. Herrn oder  
 Dame, auch stundenweise z. Einb.  
 Rojenstraße 29.

**Konsumverein**

für Lübeck und Umgegend  
 e. G. m. b. H.

Für unsere ca. Ende Oktober d. J.  
 zu eröffnende Warenabgabestelle in  
**Schlutup**

suchen wir zum baldigen Antritt  
 ein Lehrlingmädchen.  
 Angehörige unserer Mitglieder  
 werden bevorzugt.

Gefl. Angebote erbitten in unser  
 Kontor, Nebenhoffstraße 12.  
 Der Vorstand.

Gesucht zu sofort ein kräftiger  
 Laufburische außer der Schulzeit,  
 der radfahren kann.  
 Königsstraße 98.

Ein gut erhaltener Kinderwagen  
 billigst zu verkaufen.  
 Kottwitzstraße 25, part.

Bettstelle mit Matr. u. Kinder-  
 wagen zu verk. oder gegen Sport-  
 wagen zu vertausch. Fackenburg 97.

3 L-Tauben mit Bauer zu ver-  
 kaufen. Gr. Bogellang 13 a.

Ein gut verzinsbares Hans in  
 der Glandorpsstraße bei geringer  
 Anzahlung zu verkaufen.  
 Näh. Warendorpsstraße 52-54, I.

Zu kaufen gesucht ein Wurststessel,  
 Hängelampe für Bude, Wagschale.  
 Angebote mit Preis unter W B  
 an die Expedition d. Bl.

Am Mittwoch ein Wagenladen  
 abhanden gekommen vor dem  
 Mühlenort. Gezeichnet. Abzugeben  
 gegen Belohnung Bahmstr. 37.

Ein Posten Lichte  
 a Paket 6 Stück 35 Pf.  
 H. Beckmann, Engelsgrube 51.

Westfälische Hartkokes  
 20-30 Zentner 1.32 Mk.  
 Briketts Treue Zentner 1.- Mk.  
 Chr. Piel, Greveradenstr. 9.